Datei: A7F:\Texte\Politik\Freihandelsabkommen\Freihandelsabkommen\_20\_Zimmermann\_Politik.doc Stand: 03.04.2014

# Das Freihandelsabkommen **„Transatlantic Trade and Investment Partnership** (**TTIP**)“ aus europäischer Sicht

Von Karin Zimmermann

03.04.2014

**Wie der (manipulierend so genannte) „Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM)“ zielt auch das derzeit in geheimen Verhandlungen zu definierende Freihandelsabkommen, dauerhaft (das wird unten noch aufgezeigt) dazu, ganz wesentliche, national zu entscheidende Fragen, an eine Kontinent-übergreifende, demokratisch nicht legitimierte Organisation - das TTIP - abzugeben.**

**Welche Problematiken dahinterstecken will die Verfasserin hier aufzeigen.**

#### Psychologische Situation

Sie ist gravierend negativ und vor allem durch die (dauerhaft so angelegten) NSA-Aktivitäten, beeinträchtigt: Wenn das Ausspähen der „Vertragspartner und Freunde“ - auch auf Vorhalte - nicht drastisch und „auf der Stelle“ abgestellt wird, verschwinden wesentliche **Freiheitsrechte** und **Grundwerte einer Demokratie** in Europa und auch in den USA. Der einzelne Bürger weiß nicht, was da abläuft und kann daher auch nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln dagegen vorgehen.

Das Wesentlichste aber ist, dass die **Souveränität nicht nur der der europäischen Staaten, sondern sogar das Europas insgesamt,** ihr Rechtssystem und die demokratischen Prinzipien - **unumkehrbar** - ausgehebelt werden sollen. Nicht durch gewählte Politiker, sondern durch demokratisch nicht legitimierte, dafür bestimmte Emissäre aus den USA und der EU, zusammen mit Lobbyisten der transatlantisch operierenden Großkonzerne, bevorzugt aus den USA.

Ohne dieses nachhaltige **Vertrauen** in den Vertragspartner USA, das für eine so weitgehende Abgabe von Souveränitätsrechten erforderlich ist, erscheint ein solcher Vertrag von vornherein „auf Sand gebaut“. Das Argument, dass eine solch weitgehende Totalüberwachung für die Sicherheit der USA unabdingbar erforderlich ist, kann nicht nachvollzogen werden. Anders wäre es, wenn die demokratische Grundordnung durch Einzelne konkret gefährdet wäre. Ausspähungen dürften auch dann nur nach Zustimmung eines unabhängigen Richters stattfinden.

Diese psychologischen Barrieren werden durch die **absolute Geheimhaltung** noch verstärkt. Als Parallelbeispiel gelten die ESM-Verhandlungen, die ohne hinreichende Einarbeitungszeit der Bundestagsabgeordneten vor der Abstimmung so beschlossen werden mussten. Die „knallharte Verhandlungsführung“ der USA mit dem geplanten Wegfall eines demokratischen Rechtsschutzes passt in das Bild eines Partners, der sich seiner Stärke voll bewusst ist.

#### Wegfall von Handelsbeschränkungen und Zöllen

Der Wegfall von Handelsbeschränkungen und Zöllen erscheint zunächst als echter **Vorteil** durch die Reduzierung überflüssiger Bürokratie, ist aber auch mit gewichtigen **Nachteilen** verbunden.

Bei der Vereinheitlichung **unterschiedlicher Standards z.B. auf dem Gesundheits- und Lebensmittelsektor** bestehen grundsätzliche und tiefgreifende Auffassungsunterschiede zwischen Europa und den USA. Man befürchtet eine Verwässerung des Verbraucherschutzes und der in Europa eingeführten Qualitätsnormen im Nahrungsmittelrecht - auch zu den übrigen Staaten der Welt. Eine die Problematik bezeichnende Abstimmung auf UN-Ebene hat z.B. bezüglich des Wachstumshormons Ractopamin ergeben, dass 69 befürwortende Stimmen der **Fleischexportländer** 67 Stimmen der **Fleischimportländer** gegenüberstanden.

Bei der Erzeugung pflanzlicher Lebensmittel sind inzwischen in gleicher Weise Nachteile des TTIP erwiesen: So wurden Fotos von Gen-Mais aus Brasilien veröffentlicht, bei dem sich verbreitet Raupen und sonstige Insekten in den Maiskolben befanden und so den Ertrag weitgehend wertlos machten. Dabei war von der Werbung das anders verkündet worden: Die Eigenimmunität von „Gen-Mais“ gegen Schädlinge und damit ein geringerer Verbrauch an Chemikalien waren als besonderer Vorteil von „Gen-Mais“ hervorgehoben worden. Das Gegenteil hat sich in der Praxis herausgestellt: Es sind mehr und andere Chemikalien zur Bekämpfung der Schädlinge in den Maiskolben erforderlich.

#### Schaffung eines einfachen und verbraucherfreundlichen Kennzeichnungssystems zur Beurteilung von Lebensmitteln

Man muss unumwunden zugeben: Das ist ein echter Vorteil für den Wirtschaftsraum USA-Europa, der auch als Vorreiter für alle übrigen Staaten der Welt denkbar ist.

#### Ausweitung des Handelsvolumens[[1]](#footnote-1)

Es ist zu beanstanden, dass alle bisherigen Betrachtungen den Blick - verengt - auf die Handelsbeziehungen zwischen den USA und Europa richten. **Die Realität ist aber eine andere.** Europa hat (ebenso wie die USA) umfangreiche Handelsbeziehungen auch zu anderen außereuropäischen/außeramerikanischen Ländern. Diese Handelsbeziehungen haben zweifellos eine **Wechselwirkung** zu denen des Handelsraumes USA-Europa.

Angenommen sei, dass das Handelsvolumen zwischen Europa und seinen außereuropäischen Partnern 100% beträgt und dass es bisher mit den USA bisher 30% davon beträgt. Steigt nun nach Einführung des Abkommens das Volumen mit den USA auf 50%, reduziert sich der Handel mit den übrigen außereuropäischen Staaten um 20%. Das bedeutet, dass dem Vorteil durch das gestiegene Handelsvolumen mit den USA, der Nachteil eines geschrumpften Handelsvolumens mit den übrigen Staaten gegenüberzustellen ist.

Gerade mit Blick auf die Entwicklungsländer muss gesehen werden, dass diese - oft am Existenzminimum liegenden - Staaten gerade auf diese, jetzt existierenden Handelsbeziehungen angewiesen sind, um ihre Waren absetzen zu können. Eine Reduzierung des Handels mit diesen Staaten kann sich daher verheerend auf die Beziehungen zu dieser Staatenwelt auswirken.

#### Schaffung neuer Arbeitsplätze

Eine Ausweitung des Handels mit den USA bewirkt - wie gezeigt - eine entsprechende Reduzierung mit den übrigen außereuropäischen Handelspartnern. Dass dadurch Arbeitsplätze neu geschaffen werden sollen, ist nicht erkennbar. Auch der verringerte bürokratische Aufwand führt nicht zu einem Mehr an Arbeitsplätzen, sondern zum Gegenteil.

**Konkrete Gründe, warum durch die Einführung des** TTIP **mehr Arbeitsplätze entstehen sollen, sind bisher nicht dargestellt worden.** Diesbezügliche vage Behauptungen sind nicht hilfreich - sie müssen als politische Propaganda angesehen werden, die dazu dienen soll, demjenigen, dem der Blick „hinter die Kulissen“ weniger gegeben ist, zu suggerieren, dass auf diesem Gebiet mit Vorteilen zu rechnen sei.

Ein Rückgang der Arbeitsplätze ist daher eher wahrscheinlich als ein Anwachsen. Die behauptete Schaffung neuer Arbeitsplätze ist als politisch motiviertes Argument anzusehen, um Widerstände gegen dieses Abkommen zu vermindern.

#### Vereinheitlichung technischer Standards und Genehmigungsverfahren und damit verbundene Kostenersparnis.

**Grundsätzlich richtiges Argument.** Bei der erreichbaren Kostenersparnis sind produktbezogen sehr unterschiedliche Interessen zu erwarten, je nachdem, wo sich die derzeitigen Produktionsstätten befinden.

Der Wegfall von Handelsbeschränkungen kann auch dazu führen, dass Großunternehmen Produkte auf den Markt bringen können, die den bisherigen Qualitäts- oder Sicherheitsstandards nicht genügt haben. Durch staatliche Lenkungsmaßnahmen kann das nicht verhindert werden: Schadenersatzklagen enormen Ausmaßes wären wahrscheinlich, **die durch nichtöffentliche und nicht an Gesetze gebundene Schiedsgerichte entschieden würden und zwar ohne Einspruchsmöglichkeit.** Banal ausgedrückt: Demokratische Prinzipien würden - dauerhaft - aufgegeben und der Willkür sind Tür und Tor geöffnet.

#### Herstellung einer den regionalen Bedingungen entsprechenden Infrastruktur

Ein Überlassen dieser (Staats-) Aufgabe an Privatbetriebe könnte bewirken, dass das Kostenrisiko beim Staat verbleibt, die Gewinne aber privatisiert werden.

Großkonzernen könnten Aufgabenbereiche wie Wasserversorgung, Gesundheitsfürsorge und Bildung mit dem Ziel übernehmen, **Profite** zu machen.

**Praktisches Beispiel:**

In einer Nachbarstadt der Verfasserin wurde über die Abgabe der Wasserversorgung an ein (Cross-Border-) Unternehmen diskutiert. Wesentlicher Grund, warum das Vorhaben aufgegeben worden ist, war die Befürchtung, dass der Wasserpreis erhöht und gleichzeitig die für die Wasserversorgung dienenden Anlagen wegen Nicht-Wartung „vergammeln“ könnten. Nach gewisser Zeit könnte sich das Unternehmen wieder aus dem Geschäft herausziehen, um der Stadt die maroden Anlagen zurückzulassen.

#### Nichtöffentlich tagende und nicht an Gesetze gebundene Schiedsgerichte[[2]](#footnote-2)

Beim Anrufen dieser **nicht an Gesetze gebundenen** **Schiedsgerichte** durch Privatbetriebe, könnten Europa bzw. die Nationen zu hohen Schadenersatzzahlungen verurteilt werden, wenn sie der Auffassung sind, dass die Gewinne dieser Betriebe beeinträchtigt würden. Diese Beeinträchtigung ist subjektiv. Objektivierbare Sachverhalte brauchen nicht vorgetragen zu werden

Die in einer Demokratie übliche Rechtssicherheit wird auch deswegen unterhöhlt, weil es gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte keine Einspruchsmöglichkeit gibt. Großkonzerne können mit Hilfe dieser Gerichte ihre ausschließlich am Gewinn orientierten Interessen gegenüber staatlichen Vorbehalten durchsetzen. Ein Vertragsabschluss wäre somit „unvereinbar mit demokratischen Prinzipien“ würde eine Unterwerfung demokratisch legitimierter Autorität unter die Interessen von Konzernen bedeuten.

Eine vergleichbar „abgehobene“ Organisation, wurde durch den ESM bereits realisiert. Dessen Kapital übersteigt den EU-Haushalt um mindestens das fünffache. Das Europäische Parlament hat keinerlei Mitgestaltungsrecht bei den Entscheidungen des ESM. Dessen - nicht gewähltes - Personal ist vor Strafverfolgung immun und zwar nicht aufhebbar. Es ist von der nationalen Einkommensteuer befreit und kann - unwiderruflich - von den Mitgliedsstaaten unbegrenzte Beträge verlangen, die innerhalb von 7 Tagen zu bezahlen sind.

#### Verschwinden europäischer „Kleinbauernbetriebe“ zugunsten von (zumeist) US-Landwirtschafts-Großbetrieben

Zu erwarten sind weiterhin tiefgreifende Unterschiede in der „Produktionsphilosophie“: Die in Europa weit verbreiteten **kleinbäuerlichen Betriebe** haben, was die Rentabilität der Produktionsmethoden angeht, gegenüber den in den USA vorhandenen Großbetrieben keine Chance. Das wird zu einer gravierenden und unumkehrbaren Abhängigkeit der EU von den USA und deren Großbetrieben mit dem Ziel von deren „Gewinnmaximierung“ führen. Die bisherige Flexibilität und Versorgungssicherheit bei der Ernährung der Bevölkerung wird aufgegeben. Desgleichen ist auch ein weniger ausgeprägtes Bewusstsein für den Umweltschutz zu erwarten.

Großbetrieben wären - legal - auch in der Lage, durch Preisdumping unliebsame Konkurrenz auszuschalten, um dann die Verbraucherpreise nach Belieben festsetzen zu können.

#### Sicherung althergebrachter kultureller Werte

Die Gefahr ist unverkennbar, dass solche, weniger materielle Gegebenheiten, bei der Einführung des TTIP dem freien Markt überlassen werden. Dazu gehört u.a. die seit 1888 eingeführte Buchpreisbindung als verlässliches Schutzinstrument, das hier - zu Recht - seit Langem genutzt wird. Das ist auch der Grund, aus dem viele Literaten, Verlage und Kulturschaffende ihre Bedenken hinsichtlich des Freihandelsabkommens zwischen Europa und der USA bekundet haben. Wenn der Leser eines Buches überall den gleichen Preis zahlt, ist das ein wesentlicher Beitrag zur Erhaltung einer vielfältigen Buchhandelslandschaft.

Ein weiterer Aspekt liegt in den Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden, die bei zunehmender Liberalisierung einem sich steigernden Leistungsdruck unterliegen. In der schnell wachsenden Kultur- und Kreativwirtschaft befinden sich viele Kreative in einer prekären sozialen Situation. Eine „gnadenlose“ Liberalisierung wird darauf kaum Rücksicht nehmen.

Aus diesen Gründen sollten Kultur und audiovisuelle Dienstleistungen auf jeden Fall von einem Freihandelsabkommen ausgenommen werden.

#### Unumkehrbare Festlegungen für alle Zeiten

Das ist ein gravierender, **möglicherweise das Abkommen verhindernder Nachteil**. Jeder, vom einzelnen Staat gewünschten Vertragsänderung müssten alle Vertragspartner zustimmen. Wegen unterschiedlicher Interessenlage ist ein solcher Fall aber für alle Zeiten unwahrscheinlich.

Das würde auch einen nicht mehr abstreifbaren **Verlust der Souveränitätsrechte** der nationalen Parlamente und auch des EU-Parlamentes bedeuten. Jegliche **Gesetzgebung** müsste sich strikt dem Abkommen unterwerfen. Ansonsten: Klagemöglichkeit der Konzerne vor einem - nicht an Gesetze gebundenen - Schiedsgericht mit der Gefahr sehr hoher Strafen wie oben aufgezeigt.

#### Fazit

Wegen des für alle Zeiten beabsichtigten Ausspähens der europäischen „Vertragspartner und Freunde“ würde sich - bildlich gesprochen - Europa mit dem „Partner“ USA in ein Boot setzen, bei dem dauerhaft klar wäre, dass die USA der Kapitän und Europa der Ruderer ist. **Die Souveränität**[[3]](#footnote-3) **Europas würde dauerhaft aufgegeben** und zwar nicht etwa an die USA, sondern an Großkonzerne, die sich auf eine „Gerichtsbarkeit“ verlassen könnten, die Entscheidungen

* ohne an Gesetze gebunden zu sein,
* ohne Beteiligung des Beklagten und
* ohne Einspruchsmöglichkeit für diesen

treffen würde.

Alle diese Gründe sollten unseren europäischen Politikern verdeutlichen, was das Freihandelsabkommen in Wirklichkeit ist:

* eine auf Dauer angelegte Knebelung der europäischen Staaten,
* eine nachhaltige Aufgabe demokratischer Prinzipien,
* eine Entmachtung der einzelnen Politiker und der Parlamente - auch der Europas und
* eine Möglichkeit einer Gewinnmaximierung der Großkonzerne.

Ist es da noch eine Frage, wie sich der europäische Politiker entscheiden sollte?

1. Zahlenwerte ergeben sich aus dem ECHO vom Februar 2014. [↑](#footnote-ref-1)
2. http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ttip-schiedsgericht100.html. [↑](#footnote-ref-2)
3. - nicht nur der Nationalstaaten, die ist ohnehin schon nicht mehr gegeben - [↑](#footnote-ref-3)